

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 21 | 26.05.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 46/2023](#)

Bundesgesetz über die Wiener Zeitung GmbH und Einrichtung einer elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes – **WZEVI-Gesetz** (Abschaffung der kostenpflichtigen Veröffentlichungspflicht in Papierform)

[BGBl I 47/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Telekommunikationsgesetz** (TKG 2021), BGBl I 190/2021, zuletzt geändert durch die Kundmachung BGBl I 180/2022, geändert wird (Grundlage für den Kostenersatz für Investitionskosten)

[BGBl I 48/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur **Errichtung der Stiftung Forum Verfassung** erlassen wird (Steigerung des Verfassungsbewusstseins durch Ausstellung mit digitalem Schwerpunkt, interaktiven Führungen, Veranstaltungen und Entwicklung von Unterrichtsmaterialien)

[BGBl I 49/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung parlamentarischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (**Parlamentsmitarbeiterinnen- und Parlamentsmitarbeitergesetz** – ParlMG) geändert wird (Präzisierung von Kündigungsfristen und den damit verbundenen Entgeltansprüchen bei vorzeitigem Ausscheiden von Abgeordneten zum Nationalrat bzw Fraktionsvorsitzenden im Bundesrat)

[BGBl I 50/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz über die **Transparenz von Medienkooperationen** sowie von Werbeaufträgen und Förderungen an Medieninhaber eines periodischen Mediums, das **Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz** sowie das **KommAustria-Gesetz** geändert werden (mehr Transparenz durch Meldung aller entgeltlichen Inserate und Einschaltungen von staatlichen Stellen und ändern unter das Gesetz fallenden Rechtsträger an die KommAustria)

[BGBl I 51/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Patentverträge-Einführungsgesetz**, das **Patentgesetz** 1970, das **Gebrauchsmustergesetz**, das **Markenschutzgesetz** 1970, das **Musterschutzgesetz** 1990 und das **Patentamtsgebührengesetz** geändert werden (Einführung ergänzender Bestimmungen betreffend Einheitspatente im nationalen Regelwerk betreffend internationale Verträge auf

dem Gebiet des Patentwesens; Erforderlichkeit der Angabe der Herkunft genetischer Ressourcen bzw der Quelle von traditionellem Wissen bei betreffenden Patentanmeldungen)

[BGBl I 52/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem ein FWIT-Rat-Gesetz erlassen wird und das Forschungs- und Technologieförderungsgesetz, das Forschungsorganisationsgesetz, das Innovationsstiftung-Bildung-Gesetz, das FTE-Nationalstiftungsgesetz sowie das Universitätsgesetz 2002 geändert werden (**FWIT-Rat-Errichtungsgesetz** – FREG) (Schaffung einer vollrechtsfähigen juristischen Person öffentlichen Rechts mit dem Namen „FWIT-Rat“; Auflösung der bisherigen Räte; finanzielle Autonomie des FWIT-Rats)

[BGBl II 148/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die **Schwellenwertverordnung** 2023 geändert wird

[BGBl II 149/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die **Elektrotechnikzugangs-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 151/2023](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control über die **Nachweise sowie die Überprüfung des Gasversorgungsstandards** für geschützte Kunden in Österreich

[BGBl II 152/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über die **Grundausbildung im Österreichischen Patentamt** (ÖPA-Grundausbildungsverordnung) geändert wird

[BGBl II 153/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort über ein **Gütesiegel für reglementierte Gewerbe**, die keine Handwerke sind, geändert wird

[BGBl II 154/2023 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport betreffend den **Frauenförderungsplan** des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (Frauenförderungsplan BMKÖS)

[BGBl II 155/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über **Wirtschaftsgüter**, deren Anschaffung oder Herstellung für **Zwecke des Investitionsfreibetrags dem Bereich Ökologisierung** zuzuordnen ist (Öko-IFB-VO)

[BGBl II 156/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die vom Investitionsfreibetrag ausgenommenen **Anlagen im Zusammenhang mit fossilen Energieträgern** (Fossile Energieträger-Anlagen-VO)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 134 v 22.05.2023, 1](#)

Richtlinie (EU) 2023/977 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 über den **Informationsaustausch** zwischen den **Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten** und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates

[ABI L 135 v 23.05.2023, 1](#)

Verordnung (EU) 2023/988 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 über die **allgemeine Produktsicherheit**, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 87/357/EWG des Rates

III. VfGH, VwGH, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

13.04.2023, [Ra 2021/05/0121](#)

Wr BO; im Rahmen von § 60 Abs 1 lit d Wr BO ist bei der Prüfung der Wirkung auf das **örtliche Stadtbild** nicht auf das historische, sondern auf das **aktuelle Erscheinungsbild** zum Zeitpunkt des Verfahrens abzustellen; dadurch können auch Änderungen am Gebäude berücksichtigt werden; Gebäude können daher auch nach Veränderungen noch schützenswert sein; eine isolierte Betrachtung des abzureißenden Gebäudes alleine reicht dabei nicht aus; es muss daher ebenso die mittelbare Wirkung des Gebäudes auf seine Umgebung berücksichtigt werden

18.04.2023, [Ra 2022/03/0213](#)

WaffenG; StGB; im vorliegenden Zusammenhang ergibt sich aus den Gesetzesmaterialien, dass durch die geänderte Formulierung des hier einschlägigen Verlässlichkeitsausschlussgrunds im WaffenG keine inhaltliche Änderung, insb keine Einschränkung erfolgen sollte; es stehen somit weiterhin **alle Verurteilungen** wegen eines Delikts nach dem 20. Abschnitt des StGB (Strafbare Handlungen gegen den öffentlichen Frieden) gem § 8 Abs 3 Z 1 WaffenG der Annahme der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit zwingend entgegen; dies gilt auch bei einer Verurteilung wegen Verhetzung nach § 283 StGB; eine weitere „Qualifikation“ einer strafgerichtlichen Verurteilung wegen dieses Delikts für den Ausschluss der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit, wie sie das VwG § 8 Abs 3 Z 1 WaffenG in Form eines Aufrufs bzw der Intention zur **Gewalt** zugeschrieben hat, sieht das Gesetz nicht vor

18.04.2023, [Ra 2022/03/0283](#)

EisenbahnG; nach § 49 Abs 2 EisenbahnG ist von der Behörde der Umfang der **Kosten** für die im Einzelfall zur Anwendung kommende **Sicherung** festzulegen und die Kosten auf das Eisenbahnunternehmen und den Träger der Straßenbaulast nach den in § 48 Abs 3 leg cit normierten Kriterien aufzuteilen; ebenso erkennt der VfGH, dass in die Kostenmasse – in sinngemäßer Anwendung des § 48 Abs 3 leg cit – „jene Kosten einzubeziehen [sind], die für die jeweilige behördlich angeordnete Sicherung des schienengleichen Eisenbahnübergangs erwachsen“

18.04.2023, [Ro 2020/06/0004](#)

Sbg ROG; die in § 5 Z 10 Sbg ROG enthaltene Anordnung, wonach sich die Gästezimmer bzw Wohneinheiten innerhalb des Hausverbands des Vermieters befinden müssen, ist dahin zu verstehen, dass eine **räumlich-funktionelle Verbindung** der vermieteten Wohneinheiten mit der Vermieterwohnung bestehen muss; ob eine solche Verbindung vorliegt, ist unter Berücksichtigung der Gesamtumstände jeweils im konkreten Einzelfall zu beurteilen; dabei wird etwa dem Erfordernis der räumlichen Verbindung mit der Vermieterwohnung iSe inneren Erschließung umso weniger Gewicht zukommen, je ausgeprägter die funktionelle Verbindung ist; in räumliches Naheverhältnis zur Vermieterwohnung muss aber im Hinblick auf das Erfordernis der Ausübung einer häuslichen Nebenbeschäftigung jedenfalls bestehen

19.04.2023, [Ro 2022/07/0001](#)

PflanzenschutzmittelG; VO (EG) 1107/2009; nach Art 3 Z 9 VO (EG) 1107/2009 ist „**Inverkehrbringen**“ (auch) der Verkauf selbst; so ist es für ein Inverkehrbringen iSv § 3 Abs 1 PflanzenschutzmittelG im Zusammenhang mit Art 3 Z 9 VO (EG) 1107/2009, deren Begriffsbestimmungen gem § 1 Abs 2 PflanzenschutzmittelG im genannten G gelten, nicht erforderlich, dass der Verkäufer eines Pflanzenschutzmittels nach Abschluss des „Verpflichtungsgeschäftes“ die Ware selbst übergibt; beim „Inverkehrbringen“ des revisionsgegenständlichen Pflanzenschutzmittels handelt es sich um ein **Begehungsdelikt**; um Tatbestand der dem Rw zur Last gelegten Verwaltungsübertretung gehört somit weder der Eintritt eines Schadens noch einer Gefahr

19.04.2023, [Ra 2022/07/0079](#)

WasserrechtsG; VStG; an Verfolgungshandlungen iSd § 32 Abs 2 VStG sind hinsichtlich der Umschreibung der angelasteten Tat die gleichen Anforderungen zu stellen wie an die Tatumschreibung im Spruch des Straferk nach § 44a Z 1 leg cit; eine die **Verfolgungsverjährung** nach § 31 Abs 1 leg cit unterbrechende Verfolgungshandlung nach § 32 Abs 2 leg cit hat sich auf alle die der Bestrafung zu Grunde liegenden **Sachverhaltselemente** zu beziehen; § 31 Abs 2 erster Satz WasserrechtsG sieht nicht ausnahmslos eine Pflicht zur Verständigung der BVB vor, sondern unterscheidet danach, ob Gefahr im Verzug vorliegt oder nicht; im letzteren Fall ist die BVB zu verständigen, im Fall einer Gefahr im Verzug hingegen der Bgm oder die nächste Dienststelle des öffentlichen Sicherheitsdiensts; § 31 Abs 2 leg cit enthält somit – je nachdem, ob Gefahr im Verzug vorliegt oder nicht – unterschiedliche Tatbestandselemente hinsichtlich der Verständigungspflicht

26.04.2023, [Ra 2020/06/0112](#)

VwGVG; ein VwG hat im Hinblick auf die Grundsätze der Amtswegigkeit und der Erforschung der materiellen Wahrheit alle notwendigen Beweise aufzunehmen und darf sich über erhebliche Behauptungen und Beweisanträge nicht ohne Ermittlungen und ohne Begründung hinwegsetzen; ein **Begründungsmangel** führt zur Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften und in weiterer Folge zur Aufhebung durch den VwGH, wenn er entweder die Parteien des Verwaltungsverfahrens und des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der Verfolgung ihrer Rechte oder den VwGH an der Überprüfung der angefochtenen Entscheidung auf deren inhaltliche Rechtmäßigkeit hindert; wird das VwG den sich aus § 29 Abs 1 VwGVG ergebenden Anforderungen an die Begründung von Erk der VwG nicht gerecht, so liegt ein Begründungsmangel vor, welcher einen **revisiblen Verfahrensmangel** darstellt

02.05.2023, [Ra 2022/03/0234](#)

VwGVG; ABGB; der bloße Hinweis darauf („festzuhalten“ sei), dass der **Erwachsenenvertreter** des Rw selbst **Rechtsanwalt** ist, kann eine Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen des § 40 Abs 1 VwGVG schon deshalb nicht ersetzen, weil der gerichtliche Erwachsenenvertreter nach § 276 ABGB grundsätzlich Anspruch auf Entschädigung (Abs 1) bzw angemessenes Entgelt (Abs 3) hat, letzterer Anspruch für die Kosten einer rechtsfreundlichen Vertretung jedoch nicht besteht, soweit beim Vertretenen die Voraussetzungen für die Bewilligung der Verfahrenshilfe gegeben sind; der Umstand, dass als gerichtlicher Erwachsenenvertreter ein Rechtsanwalt bestellt ist, hindert also die Begebung eines Verfahrenshilfeverteidigers nach § 40 Abs 1 VwGVG nicht

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 11.05.2023, [W258 2237026-1](#)

DSG; DSGVO; gem Art 15 DSGVO haben betroffene Personen das Recht, von dem Verantwortlichen eine **Bestätigung** darüber zu verlangen, ob betreffende **personenbezogene Daten** verarbeitet werden; sie haben sohin ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten, ua auf Informationen über die Empfänger, gegenüber denen die Daten offengelegt werden (insb bei Empfängern in Drittländern oder internationalen Organisationen); wenn es nicht möglich ist, die Identität der konkreten Empfänger mitzuteilen, ist es ausreichend, wenn an sich nicht bekannte Empfänger durch allgemeine Überlegungen eingeschränkt werden, dass eine **bestimmte Anzahl wahrscheinlicher Empfänger** ermittelt werden kann und dem Auskunftswerber mitgeteilt wird; dem Recht auf Auskunft kann somit entsprochen werden

BVwG 12.05.2023, [W245 2252208-1](#); [W245 2252221-1](#)

DSGVO; GRC; Art 44 DSGVO erfasst **jedwede Übermittlung von personenbezogenen Daten**; ein risikobasierter Ansatz ist nicht analog auf Art 44 leg cit anzuwenden; der freie Datenverkehr soll gewährleistet werden – die Vorgaben der leg cit sollen jedoch vollständig eingehalten werden (kein Aufweichen iSe „wirtschaftsfreundlichen Interpretation“); es liegt eine Verletzung von Art 44 leg cit vor, da für die gegenständliche Datenübermittlung der Mitbeteiligten an die zweite Bf in den Vereinigten Staaten kein **angemessenes Schutzniveau** durch ein Instrument von Kapitel V der DSGVO gewährleistet wurde

LVwG Oö 13.04.2023, [LVwG-153723](#)

Oö BauO; für die Begründung von **Eigentum an einem Superädifikat** ist kein Grundbuchsakt erforderlich; der ursprüngliche Eigentumserwerb durch Errichtung eines Bauwerkes tritt daher ohne Urkundenhinterlegung ein; die Bauführung in Nichtbelastungsabsicht belässt dem Bauführer sein Eigentum; erst für eine **Übertragung des Eigentums** ist gem § 435 ABGB eine **Urkundenhinterlegung** erforderlich

LVwG Wien 23.03.2023, [VGW-101/V/020/14327/2022](#)

EMRK; PersonenstandsG; ausgehend von der Rsp des VfGH sowie der dort zitierten Rsp des EGMR stellt im Lichte des Art 8 Abs 1 EMRK auch **Transidentität** eine im Rahmen eines verfassungskonformen Vollzugs des PersonenstandsG zu beachtende **Variante der Geschlechtsentwicklung** gegenüber männlich oder weiblich dar

LVwG Wien 21.04.2023, [VGW-101/032/1689/2023](#)

PersonenstandsG; für das VwG Wien besteht kein Zweifel daran, dass § 2 Abs 2 Z 3 PersonenstandsG im Lichte des Art 8 Abs 1 EMRK so auszulegen ist, dass diese Bestimmung einen **offenen**, weder als „männlich“ noch als „weiblich“ definierten **Geschlechtseintrag** zulässt, wenn dadurch Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung gegenüber männlich oder weiblich oder transidenten Menschen erst ermöglicht wird, ihre **individuelle Geschlechtsidentität** adäquat zum Ausdruck zu bringen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[25.05.2023, Rs C-290/21, AKM \(Fourniture de bouquets satellitaires en Autriche\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Urheberrecht und verwandte Schutzrechte** betreffend **Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung** – Richtlinie 93/83/EWG – Art 1 Abs 2 – Öffentliche Wiedergabe über Satellit – Begriff – Satellitenbouquet-Anbieter – Verbreitung von Programmen in einem anderen Mitgliedstaat – Ort der Verwertungshandlung, durch die der Anbieter an einer solchen Wiedergabe mitwirkt

[25.05.2023, Rs C-575/21, WertInvest Hotelbetrieb](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – Art 2 Abs 1 und Art 4 Abs 2 – Unter Anhang II fallende Projekte – **Städtebauprojekte** – Prüfung anhand von Schwellenwerten oder Kriterien – Art 4 Abs 3 – **Relevante Auswahlkriterien** des Anhangs III – Art 11 – Zugang zu den Gerichten

[25.05.2023, Rs C-608/21, Politseyski organ pri 02 RU SDVR](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Richtlinie 2012/13/EU – Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafsachen – Art 6 – **Recht auf Unterrichtung** über den **Tatvorwurf** – Art 7 – Recht auf Einsicht in die Verfahrensakte – Wirksame Ausübung der **Verteidigungsrechte** – Art 6 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht auf Freiheit und Sicherheit – Unterrichtung über die Gründe für die Inhaftierung der verdächtigten oder beschuldigten Person in einem gesonderten Dokument – Zeitpunkt, zu dem diese Unterrichtung zu erfolgen hat

[25.05.2023, Rs C-114/22, Dyrektor Izby Administracji Skarbowej w Warszawie \(TVA – Acquisition fictive\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Recht auf Vorsteuerabzug – Versagung – Versagung, die auf die **Nichtigkeit des Geschäfts** nach nationalem Zivilrecht gestützt ist

[25.05.2023, Rs C-141/22, TLL The Longevity Labs](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Lebensmittelsicherheit** – **Neuartige Lebensmittel** – Verordnung (EU) 2015/2283 – Buchweizenkeimlingsmehl mit hohem Spermidgehalt – Keimung **von Buchweizensaat** in einer spermidinhaltenen Nährlösung

[25.05.2023, Rs C-364/22, Bundesrepublik Deutschland \(Retour volontaire\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Asylpolitik** – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 33 Abs 2 Buchst d – Verfahren zur Prüfung eines Antrags – Unzulässige Anträge – Folgeantrag – **Freiwillige Rückkehr und Abschiebung**

[25.05.2023, Rs C-368/22, Danish Fluid System Technologies](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – Zollunion – **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – **Kombinierte Nomenklatur** – Position 7307 – Rohrformstücke, Rohrverschlussstücke und Rohrverbindungsstücke – Unterposition 7307 22 10 – Muffen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[25.05.2023, verb C-583/21 bis C-586/21, NC \(Transfert d'une étude notariale espagnole\) \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer** beim **Übergang von Unternehmen** – Versetzung eines **Notars** auf eine andere Notarstelle – Anwendbarkeit der Vorschriften der Richtlinie 2001/23/EG auf die Arbeitnehmer

[25.05.2023, Rs C-667/21, Krankenversicherung Nordrhein \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – **Gesundheitsdaten** – Beurteilung der Arbeitsfähigkeit eines Beschäftigten – Medizinischer Dienst einer Krankenkasse – Verarbeitung von Gesundheitsdaten der Beschäftigten – Recht auf **Schadenersatz** – Einfluss des Grades des Verschuldens

[25.05.2023, verb Rs C-750/21 P u C-256/22 P, Pilatus Bank/ EZB \(GA Kokott\)](#)

Wirtschafts- und Währungspolitik – **Einheitlicher Aufsichtsmechanismus** – Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Der EZB übertragene besondere Aufsichtsaufgaben – **Beschluss** über den **Entzug** der Zulassung zur Aufnahme der **Tätigkeit eines Kreditinstituts** – Anklageerhebung gegen den Hauptanteilseigner in einem Drittland – Kriterium des Leumunds – Wahrnehmung des Leumunds durch den Markt – Blocking-Verordnung Nr 2271/96 – Wirksame Ausübung der Verteidigungsrechte durch einen Rechtsbeistand – Zurechnung vorbereitender Handlungen nationaler Behörden an die EZB – Effektiver Rechtsschutz – Art 41 und 47 der Charta

[25.05.2023, Rs C-831/21 P, Fachverband Spielhallen und LM/ Kommission \(GA Pikamäe\)](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Begriff der **Beihilfe** – Vorteil – Selektiver Charakter – Steuerliche Behandlung von **Spielbanken in Deutschland** – Abweisung einer Beschwerde durch die Europäische Kommission

[25.05.2023, Rs C-10/22 P, LEA \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/26/EU – Kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten **Schutzrechten** – Organisationen für die **kollektive Rechtswahrnehmung** – **Unabhängige Verwertungseinrichtungen** – Aufnahme einer Tätigkeit der Wahrnehmung von Urheberrechten – Richtlinie 2000/31/EG – Dienste der Informationsgesellschaft – Art 3 – Freier Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft – Richtlinie 2006/123/EG – Art 16 – Dienstleistungsfreiheit – Art 17 – Ausnahmen – Art 56 AEUV

[25.05.2023, Rs C-86/22, Papier Mettler Italia \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 98/34/EG – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, der Kommission die Entwürfe technischer Vorschriften mitzuteilen – Auswirkungen der **Nichtmitteilung einer technischen Vorschrift** – Richtlinie 94/62/EG – Harmonisierung der Rechtsvorschriften – **Umweltschutz** – Verpackungen und Verpackungsabfälle – **Leichte Kunststofftragetaschen** – Nationale Regelung mit restriktiveren technischen Normen als in der Unionsregelung vorgesehen – Art 114 Abs 5 und 6 AEUV – Unmittelbare Wirkung der Richtlinie 94/62 – Haftung für dem Einzelnen durch einen Mitgliedstaat verursachte Schäden

[25.05.2023, Rs C-175/22, BK \(Requalification de l'infraction\) \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Richtlinie 2012/13/EU – Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren – Art 6 Abs 4 – **Recht auf Unterrichtung** über die **Neubeurteilung einer Straftat** durch ein nationales Gericht – Art 47 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht auf ein faires Verfahren – Richterliche Unparteilichkeit

[25.05.2023, Rs C-249/22, GIS \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c – Dienstleistungen, die gegen Entgelt erbracht werden – Begriff – Tätigkeit einer **öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt**, die aus einer Zwangsgebühr finanziert wird, die von Personen erhoben wird, die ein Rundfunkempfangsgerät besitzen und sich im terrestrischen Sendegebiet befinden – Art 378 Abs 1 und Anhang X Teil A Nr 2 – **Akte über den Beitritt Österreichs** – Art 151 Abs 1 und Anhang XV Teil IX Nr 2 Buchst h – Ausnahme – Anwendungsbereich

C. GERICHT

[24.05.2023, Rs T-2/21, Emmentaler Switzerland/ EUIPO \(EMMENTALER\)](#)

Unionsmarke – **Internationale Registrierung** mit Benennung der Europäischen Union – Wortmarke EMMENTALER – **Absolutes Eintragungshindernis** – Beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EU) 2017/1001 – Kollektivmarke – Art 74 Abs 2 der Verordnung 2017/1001 – Begründungspflicht – Art 94 der Verordnung 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

23.05.2023, Beschwerde Nr [61808/19](#), Yilmaz Aydemir/Türkei

Verletzung von Art 5 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit); gerichtliches Verfahren zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der **Inhaftierung** des BF nach seiner Verurteilung, ohne ihm Gelegenheit zu geben, sich zur Stellungnahme der Staatsanwaltschaft zu äußern; Verstoß gegen den Grundsatz des **kontradiktorischen Verfahrens** und den Grundsatz der **Waffengleichheit**

23.05.2023, Beschwerde Nr [19165/20](#), I.S./Griechenland

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Versäumnis der inländischen **Behörden**, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht des BF auf **Kontakt** und Beziehung zu seinen Töchtern **durchzusetzen**; keine tatsächliche Weiterverfolgung der Anordnungen von Beratung, psychiatrischen Gutachten und Sozialhilfeberichten

23.05.2023, Beschwerde Nr [49072/21](#), Panju/Belgien (Nr 2)

Keine Verletzung von Art 13 EMRK (Recht auf wirksame Beschwerde); **keine Verletzung von Art 6 EMRK** (Recht auf faires Verfahren); Verweigerung einer Entschädigung für die vom EuGH festgestellte **überlange Dauer des Strafverfahrens**, wobei der immaterielle Schaden durch die spätere Entscheidung über die Unzulässigkeit der Strafverfolgung behoben wurde; Anerkennung einer irreparablen Beeinträchtigung des Rechts auf ein faires Verfahren; endgültige Einstellung der Strafverfolgung; **keine zusätzliche Entschädigung** aufgrund des fehlenden Nachweises eines Schadens, gem dem nationalen Recht, der durch die Unzulässigkeit der Strafverfolgung nicht ausreichend ausgeglichen wurde; materieller Schaden, der nicht auf die lange Dauer der strafrechtlichen Ermittlungen zurückzuführen ist

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Amreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.